

23./I. 1918.

31

Sozialdemokratische Drohungen. Die Brest-Litowsker Lehren des Herrn Braunstein und die bereits in Wien erzielte Wirkung haben auch unseren Genossen die Sinne verwirrt. Wenn Herr Trocki im Hauptquartier des Prinzen Leopold offensichtlich den Frieden hinauszögert, weil er hofft, seine deutschen Freunde würden ihm durch Inszenierung der Revolution helfend zur Seite springen, wenn die österreichischen und Osen-Pester und Prager Genossen an ihrem Teile bereits mit der Unterstützung des bolschewistischen Systems beschäftigt sind, da ist für Herrn Scheidemann kein Ruhm, weil ihm Herr Haase nicht den Rang ablaufen soll. Man soll ihm nicht einst vorwerfen, er habe die Stunde verschlafen. Und wie die Unabhängigen denken, hat Herrn Hoffmanns Zwischenruf in der Montagssitzung des Abgeordnetenhauses bewiesen: wir sollten nur warten, „bis die Revolution komme, wie in Oesterreich“, und in seinen Organen hat er inzwischen versucht noch deutlicher zu reden. Also mühte auch Herr Scheidemann von sich hören lassen, und er hat es in der gestrigen Ausschusssitzung des Reichstages getan. Im heute wieder erschienenen „Vorwärts“, der erst für drei Tage verboten war, gibt sich Herr Scheidemann durch Veröffentlichung seiner und Eberts Reden alle erdenkliche Mühe, dem Ausland zu beweisen, daß auch die deutschen Genossen am Vorabend großer Ereignisse ständen, daß auch sie Fraktur mit der deutschen Regierung redeten, und daß man alles einsehe, um den Sieg Deutschlands zu verhindern, aber den Sieg der Entente und damit die Freiheit der Menschheit zu verwirklichen. Und seinen Arbeitern sagt Scheidemann, sie sollten nur Vertrauen zu ihm haben, er, Scheidemann, habe die Macht in den Händen, der sich alle deuten müßten. Die Demokraten des Bürgerturns sekundieren dabei und „beweisen“, daß man, wenn bei uns die Regierung nicht ernsthaft ins Gebet genommen werde, im Begriffe sei, die ganze Welt zu erobern und sie für Deutschland zu annektieren. So leistete sich die „Frankf. Ztg.“ kürzlich folgenden Satz:

Wir haben schon zu lange auf beiden Seiten gehinkt, und es muß einmal klar entschieden werden, ob wir nach links oder rechts gehen wollen. Wir wollen eine politische Politik der Verständigung machen oder wir wollen uns einer napoleonischen Eroberungspolitik zuwenden. Daß diese die schwersten Gefahren für Volk und Reich mit sich bringt, haben wir schon gesagt. Wer sich für sie entscheidet, übernimmt auch die Verantwortung für die Folgen.

Napoleonische Eroberungspolitik! Furchtbar, aber beweiskräftig für Herrn Scheidemann und verwendbar in seiner gegen den Sieg gerichteten Agitation. Aber wie jede Sache einen Ursprung haben muß, so brauchte auch Herr Scheidemann die Ursache. Die Ernährungsfrage konnte man angesichts der guten Verpflegung vieler sozialistischer Schwerarbeiter nicht, wie in Oesterreich, heranziehen. So bezogte man das gestrige Verbot des „Vorwärts“ zum Sturm gegen die Regierung und zur Drohung. Zwar hatte der „Vorwärts“ nach Auskunft der in Frage kommenden militärischen Stellen gegen ein allerdings sehr unberechtigtes Zensurverbot mit Absicht verstoßen und das Verbot hätte auch jedem andern Blatte geblüht, das Ähnliches getan hätte; aber sein Verbot war, wie Herr Ebert feststellte, „eine Herausforderung der sozialdemokratischen Partei und der ganzen Arbeiterchaft“. Damit hatte man den Boden gefunden, auf dem man weiter kämpfen wollte. Es sei „eine Ränke“.

meinte Herr Ebert erregt, daß man die Nachrichten aus Oesterreich unterschlage, und das sei um so schlimmer, als man „die Alldeutschen ungehindert gegen Oesterreich hegen lasse“. Nun haben zwar die Alldeutschen nicht gegen Oesterreich geheut, wohl aber kamen seltsame Angriffe aus Oesterreich gegen unsere Diplomaten und unsere Oberste Heeresleitung. Aber das kümmert Herrn Ebert nicht. Dann aber kam der Kernpunkt, und der „Vorwärts“-Bericht schalt ihn durch Fettdruck heraus; Herr Ebert, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, verkündet:

Wir begrüßen das Vorgehen des Proletariats in Oesterreich und Ungarn und drücken ihm unsere volle Sympathie aus. Sie dürfen versichert sein, wenn es sein muß, wird die deutsche Arbeiterklasse ihre ganze Kraft daran setzen, um zu verhindern, daß die Bestrebungen zur Herbeiführung eines baldigen Friedens der Verständigung und des Rechts durchkreuzt werden.

Kein Alldeutscher, kein Schwerindustrieller will den baldigen Frieden der Verständigung und des Rechts „durchkreuzen“, jedermann, einschließlich der Herren Scheidemann und Ebert, weiß, daß England den Frieden nicht will, daß ihn der demokratische Herr Wilson nicht und der republikanische Herr Poincaré nicht will, daß sie den Frieden alle erst dann wollen, wenn der deutsche Arbeiter für den englischen und amerikanischen Arbeiter, für das angelsächsische Kapital keine Konkurrenz mehr ist, aber Herr Scheidemann glaubt am Ziele seiner machtpolitischen Hoffnungen zu sein und so schleudert er, der nur Entgegenkommen gefunden hat, der Regierung den Fehdehandschuh ins Gesicht: „Bergessen Sie nicht“, so sagte er nach dem „Vorwärts“, „daß die Zustände bei uns denen in Oesterreich vor Ausbruch des Krieges gleichen“. Und wie war es in Oesterreich? Herr Ebert behauptete, „angeblich“ solle es in Prag und Osen-Pest zu Straßekämpfen gekommen sein.

„Angeblich“. Wäre es nicht besser gewesen, dem deutschen Volke reinen Wein darüber einzuschänken, wie der Verlauf der Vorgänge in Oesterreich gewesen ist, anstatt durch Geheimnistuerei und durch Verbote die Nervosität zu erhöhen und Herrn Scheidemann die Gelegenheit zum Vorstoß zu geben? Ihm die Möglichkeit zu bieten, auf den Kanzler und die maßgebenden Stellen zu drücken, damit sie gefügig werden? Scheidemann suchte nach einem Anlaß; war es notwendig, ihn der Sozialdemokratie zu reichen?

Die Lehre aus den Wiener Vorgängen. Die „Natf. Korrr.“ weist darauf hin, welche Lehren aus den Wiener Vorgängen zu ziehen sind:

„Unsere Festigkeit ist um so notwendiger, als die Agitationsreden in Brest-Litowsk leider nicht ohne Wirkung geblieben sind. Die Streitererscheinungen in Oesterreich haben nach dieser Seite eine sehr deutliche Sprache geführt. Man hat dort offenbar in den Massen unter der Suggestion der trostlichen Redebildungen und unter der Nachwirkung einheimischer Agitatoren vollkommen den Blick für das verloren, was wirklich vor sich geht und vor sich gegangen ist. Daß die mannhaften und kraftvollen Worte des Generals Hoffmann so unfreundlich aufgenommen worden sind, ist für die Stimmung außerordentlich bezeichnend. Denn daran hat man offenbar gar nicht gedacht, daß ihnen die schlimmsten Beschimpfungen des Generals und der deutschen Obersten Heeresleitung durch die russischen Funksprüche vorausgegangen sind.“

Die österreichischen Vorgänge sollten uns eine heilsame Lehre sein. Leider haben die österreichischen Arbeiter, die gegen angebliche deutsche Annexionsforderungen einen Proteststreik in Szene setzten, in Deutschland Parteigänger gefunden.

Das österreichische Beispiel hat uns gezeigt, schreibt die „Natf. Korrr.“ mit Recht, wohn die Nachgiebigkeit der Regierung führt. „Bei uns darf es deshalb nicht das geringste Wanken und Schwanken geben. Wir müssen mit unbeugsamer Festigkeit auf dem Boden stehen bleiben, der Anfang Januar zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Reichsleitung gemeinsam vereinbart worden ist. Wenn der „Vorwärts“ glaubt, mit der etwaigen Isolierung Deutschlands schrecken zu können, so irrt er sehr. Wir wissen, daß wir den letzten Gang auch allein ausfechten können, und daß wir nichts zu fürchten haben, als die eigene Schwäche.“